

Geschäftsführer Sebastian Chwala

Bahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 6. Juli 2017

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 30.6.2017

Neue Dezernenten: Mitte-Rechts-Koalition wählt Stötzel (CDU) und Dinnebier (SPD) – Keine Diskussion um umstrittenen Lokschuppenverkauf – Mehrheiten für antifaschistische Anträge

In der letzten Sitzung der Marburger Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause stand die Neuwahl zweier hauptamtlicher Magistratsmitglieder im Mittelpunkt. Es galt, nach Ablauf der Amtszeiten von Franz Kahle und Kerstin Weinbach, die Posten des Bürgermeisters sowie die Stelle einer hauptamtlichen Stadträtin neu zu besetzen. Mit der Wahl von Wieland Stötzel (CDU) und Kirsten Dinnebier (SPD) durch die neue Mehrheit von SPD, CDU und BfM (Bürger für Marburg) wurde die Mitte-Rechts-Konstellation auch personell zementiert.

Die Wahlen verliefen für SPD, CDU und BfM glatt. Interessant aber war der Verlauf der Debatte. Die SPD verzichtete auf eine Fürsprache für Stötzel. Anscheinend schien sich der Tatsache bewusst zu sein, wie wenig populär die Beteiligung der Christdemokraten an der Stadtregierung ist. Schließlich konnte sich aus ihren Reihen niemand dazu durchringen, während der offiziellen Kandidatenvorstellung und Befragungsrunde auch nur ein positives Wort über den CDU-Mann Wieland Stötzel zu verlieren.

Was nicht verwundert, schließlich ist es kein Geheimnis, das Stötzel auf dem rechten Flügel der Marburger CDU beheimatet ist und zu jenen Konservativen gehörte, die sich gerne alljährlich Anfang Juli gemeinsam mit scharf rechten Burschenschaftlern auf dem Marburger Marktplatz den Marktfrühschoppen begingen. Wohl um kritischen Nachfragen zu seinen politischen Vorstellungen aus dem Weg zu gehen, berief sich Stötzel auf die Hessische Gemeindeordnung (HGO), die es ihm verbieten würde „Eigenwerbung für seine Kandidatur“ zu betreiben. So weigerte er sich auf inhaltliche Fragen der Stadtverordneten zu antworten. Seine Motive und politischen Ziele als stellvertretender Bürgermeister blieben im Dunkeln.

Die Gewerkschafterin und Marburger SPD-Vorsitzende Kirsten Dinnebier versprach in ihrer Bewerbungsrede, dass sie dafür eintreten werde, in Marburg die Idee der sozialen Gerechtigkeit hochzuhalten. Kritische Nachfragen bezüglich ihres Agierens während der Haushaltsberatungen, die am Ende zu deutlichen Kürzungen bei sozialen und kulturellen Trägern führten, waren nicht möglich, da die von der Stadtverordnetenvorsteherin eingeräumte Zeit von fünf Minuten einfach viel zu kurz war. Sie wurde außerdem fast vollständig durch Fragen von Stadtverordneten der SPD-Fraktion aufbraucht, die ihrer Kandidatin noch einmal die Möglichkeit geben wollten, sich in ein gutes Licht zu rücken. Auch das Verhalten gegenüber dem von der FDP unterstützten Kandidaten für die Stadtratsstelle, Thomas Riedel, dem die Sitzungsleitung wegen Ablauf der Vorstel-

lungszeit noch nicht einmal die Beendigung des letzten Satzes seiner Rede gestatten wollte, zeugte von mangelnder demokratischer Fairness.

Aus unserer Sicht spricht der Ablauf der Debatte Bände und weckt Befürchtungen, wie die Koalition aus SPD, CDU und BfM in Zukunft gedenkt, Marburg zu regieren. Formale Regeln werden genutzt, um sich einer inhaltlichen Debatte zu entziehen, während man mit der eigenen parlamentarischen Mehrheit Widerspruch von Seiten der Opposition kleinhalten möchte.

Auch in der Debatte über den Lokschuppen wurde eine solche Herangehensweise sichtbar. So hatte Oberbürgermeister Spies die Magistratsvorlage, nach der die Stadtverordnetenversammlung per Votum den Sieger im Privatisierungs- und Ausschreibungsverfahren bestimmen soll, zurückgezogen. Zwei Dringlichkeitsanträge, einer der Marburger Linken, welcher eine öffentliche Bürger/innenversammlung und eine Annullierung des Verfahrens forderte, und einer der Grünen, die eine Neuausschreibung verlangten, wurden zu Beginn der Sitzung zwar auf die Tagesordnung genommen, aber aufgrund der fortgeschrittenen Zeit fand keine Aussprache mehr statt. Somit konnte nur der hauptamtliche Magistrat, also der Oberbürgermeister, der immer Rederecht hat, zum Thema sprechen, während dies dem Parlament verwehrt blieb. So blieb der Marburger Linken nur die Möglichkeit in Form von Zwischenfragen die ablehnende Haltung gegenüber den Plänen des Oberbürgermeisters zu formulieren, welcher die Entscheidung über die Zukunft des Lokschuppens gerne bis in den August verschieben möchte. Die Marburger Linke wird einer Zusammenlegung der Konzepte der Firma C+P und des Investors Schneider, welche zudem die Beteiligung des umstrittenen Christustreffs zur Bedingung macht, nicht mittragen.

Dennoch gelang es uns am letzten Freitag auch politische Erfolge zu erzielen. So wurde auf unsere Anregung hin, nicht nur der Walter-Voß-Weg, der nach einem NS-Bürgermeister benannt war, umbenannt sondern ihm post-mortem die Ehrenmedaille der Stadt aberkannt. Außerdem soll zeitnah eine Gedenktafel auf dem Gelände des Softwarecenters angebracht werden, die an die Bücherverbrennung des 10. Mai 1933 an diesem Ort erinnern soll.

Als positiv ist die probeweise eingeführte halbstündige Bürgerfragestunde am Anfang der Versammlung zu bewerten, die eine Reihe Bürger genutzt haben, um zu den Themen „Bau von Windkraftanlagen“ und „Untertunnelung der Stadtautobahn“ Fragen an den Magistrat zu stellen, die von Oberbürgermeister Spies und Bürgermeister Kahle beantwortet wurden.

Mit freundlichen Grüßen

Eure Fraktion der Marburger Linken

Renate Bastian
Jan Schalauske
Tanja Bauder-Wöhr
Roland Böhm
Henning Köster-Sollwedel
Elisabeth Kula
Jonathan Schwarz
Inge Sturm